

K l e i n e A n f r a g e

der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

und

A n t w o r t

des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit

Rückzahlungen durch die Träger der Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen (SKBS) - Aufwand und Nutzen

Die **Kleine Anfrage 2450** vom 16. Juli 2012 hat folgenden Wortlaut:

Der Landesrechnungshof teilt in seinem Jahresbericht 2012 mit, dass im Ergebnis von Prüfungen der SKBS durch die GFAW (Gesellschaft für Arbeits- und Wirtschaftsförderung) Forderungen an die Träger der Einrichtungen für Erstattungs- und Zinsbeträge über rund 100 000 Euro ausgesprochen worden sind.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche SKBS wurden geprüft?
2. Welche SKBS muss welchen Betrag für welchen Zeitraum zurückzahlen?
3. Wie viele Personen der GFAW waren für die Prüfungen eingesetzt?
4. Wie viele Arbeitsstunden benötigten die eingesetzten Prüferinnen und Prüfer für die Durchführung der Kontrollen?
5. Wie lange benötigten die Prüferinnen und Prüfer in der Summe, um zu den SKBS hin- und wieder zurückzufahren?
6. Wie hoch waren die Personal-, Fahr- und Sachkosten für die durchgeführten Prüfungen?
7. Welche Gründe wurden im Einzelnen für die Rückforderungen benannt?
8. Können nach Ansicht der Landesregierung die Ursachen für die Rückforderungen behoben werden, so dass die Träger der SKBS in Zukunft nicht mit weiteren Rückforderungen konfrontiert werden?
9. Warum müssen die Träger der SKBS Zinsen entrichten, wenn sie selbst ihre Anträge ordnungsgemäß gestellt, die Landesregierung aber anscheinend zu viel bezahlt hat und das ehemals zuständige Landesamt für Soziales und Familie die Prüfungen laut Rechnungshofbericht nur schleppend vollzogen hat?
10. Welche Einschätzung hat die Landesregierung hinsichtlich Aufwand und Nutzen dieser Prüfungen?

Das **Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 22. August 2012 wie folgt beantwortet:

Zu 1.:

Siehe Anlage 1.

Zu 2.:

Siehe Anlage 2.

Zu 3.:

Für die Prüfungen der SKBS waren zwei Personen (durchschnittlich 1,5 VbE) eingesetzt.

Zu 4. und 5.:

Die GFAW hat die Kontrollen auf der Grundlage des Beleihungsbescheides vom 18. Juli 2008 (mit Wirkung ab dem 1. August 2008) für die Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Freistaat Thüringen durchgeführt. Eine separate diesbezügliche Zeiterfassung wurde nicht vorgenommen, da mit dem der GFAW zur Verfügung gestellten Budget alle beauftragten Leistungen für diesen Förderbereich pauschal abgegolten sind. Eine Erfassung der Fahrzeiten erfolgt nicht.

Zu 6.:

Siehe Antwort zu Frage 4.

Ein separater diesbezüglicher Nachweis der Personal-, Fahr- und Sachkosten wurde nicht vorgenommen, da mit dem der GFAW zur Verfügung gestellten Budget alle beauftragten Leistungen für diesen Förderbereich pauschal abgegolten sind.

Zu 7.:

Die Gründe von Rückforderungen lagen in

- festgestellten auflösenden Bedingungen (siehe auch Antwort auf Frage 8),
- festgestellten nicht zuwendungsfähigen Sachausgaben (z. B. Verstöße gegen das Thüringer Reisekostengesetz, Abrechnung nicht zuwendungsfähiger Sachausgaben),
- festgestellten nicht zuwendungsfähigen Personalausgaben (Verstoß gegen das Besserstellungsverbot),
- festgestellten Verstößen gegen die Nr. 1.1 Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Überschreitung von Einzelansätzen über 20 Prozent).

Zu 8.:

Die Ursachen der Rückforderungen lagen beispielsweise in festgestellten auflösenden Bedingungen, die sich aus den in den jeweiligen Zuwendungsbescheiden als verbindlicher Bestandteil erklärten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) ergaben. Die Regelung der Nr. 2 ANBest-P ist eine auflösende Bedingung im Sinne des § 36 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG). Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für denwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung bei Anteilsfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers, bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag. In solchen Fällen hat die handelnde Behörde kein Ermessen, welches einen Verzicht der Rückforderung begründen kann.

Darüber hinaus liegen die Ursachen von Rückforderungen häufig in der Nichtbeachtung der förderrechtlichen Bestimmungen des nach geltendem Zuwendungsrecht bzw. der gültigen Förderrichtlinie erstellten Zuwendungsbescheides.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gründe für die Rückforderung einer Zuwendung stets im Verantwortungsbereich des Zuwendungsempfängers, vorliegend also der SKBS liegen. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln bindet die Bewilligungsbehörde dahingehend, eine Zuwendung insoweit zurückzufordern als sie vom Zuwendungsempfänger nicht zweckentsprechend oder nicht in Übereinstimmung mit den zuwendungsrechtlichen Rahmenbedingungen verwendet wurde.

Es ist vorgesehen, die aktuell gültige Förderrichtlinie zu überarbeiten, um Verfahrensvereinfachungen und Erleichterungen auch für die SKBS zu erreichen.

Zu 9.:

Die Verzinsung richtet sich nach § 49 a Abs. 3 ThürVwVfG (Verzinsung des Erstattungsanspruches) und nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG (Zinsen wegen nicht fristgerechter Verwendung).

Bei der Verzinsung des Erstattungsanspruches ist der zu erstattende Betrag vom Eintritt der Unwirksamkeit des Verwaltungsaktes mit sechs vom Hundert jährlich zu verzinsen. Der Zeitpunkt für den Zinsbeginn ist im Einzelnen von den Umständen abhängig, welche zur Unwirksamkeit geführt haben.

Die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen wegen nicht fristgerechter Verwendung nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG resultiert aus folgendem Sachverhalt: Nach Nr. 1.3 ANBest-P darf die Zuwendung nur insoweit und nicht eher abgefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Bei Anteils- oder Festbetragsfinanzierung darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers in Anspruch genommen werden (Nr. 1.3.1 ANBest-P). Bei der Fehlbedarfsfinanzierung ist eine Inanspruchnahme erst möglich, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind (Nr. 1.3.2 ANBest-P). Wird die Zuwendung nicht alsbald nach der Auszahlung (hier innerhalb der vorgeschriebenen Zwei-Monats-Frist) zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet, so kann ein Widerruf gemäß § 49 Abs. 3 ThürVwVfG mit der Folge der Rückerstattung nach § 49 a Abs. 1 ThürVwVfG erfolgen. Auf die Möglichkeit des Widerrufs des Zuwendungsbescheides und der Rückforderung der Zuwendung wird aus Gründen der Verhältnismäßigkeit in der Regel verzichtet, wenn lediglich eine nicht fristgerechte Mittelverwendung festgestellt wurde. Hinsichtlich der Geltendmachung des isolierten Zinsanspruchs nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG hat die Behörde indes kein Ermessen. Die Zinsen sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erheben, schon um die vom Zuwendungsempfänger durch den verfrühten Mittelabruf erlangten Zinsvorteile abzuschöpfen.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gemeinsam mit der GFAW für die Zinsforderungen einen fiktiven Zinszeitraum von einem Jahr festgelegt hat, wenn keine auflösende Bedingung (vgl. Antwort Frage 8) vorliegt. Im Falle einer verzögerten Verwendungsnachweisprüfung der Bewilligungsbehörde wird dadurch vermieden, dass die Zuwendungsempfänger mit einer nicht angemessenen Zinsforderung belastet werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der Zuwendungsempfänger jederzeit die Möglichkeit hat, nicht verbrauchte Mittel zurückzuzahlen.

Zu 10.:

Die Verwendungsnachweisprüfung ist bundes- wie landesgesetzlich vorgeschrieben (§ 26 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz, § 44 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung, § 44 Abs. 1 Thüringer Landeshaushaltsordnung [ThürLHO]) und von zentraler Bedeutung. Durch die Prüfung werden die Erreichung des Zuwendungszweckes, die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung und die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens nachgewiesen.

Verwaltungsvorschrift (VV) Nr. 10.1 zu § 44 ThürLHO stellt klar, dass die Bewilligungsbehörde den Nachweis der Verwendung entsprechend den Nebenbestimmungen zu verlangen hat. Gemäß Nr. 11.1 VV zu § 44 ThürLHO hat die Bewilligungsbehörde die hoheitliche Aufgabe, die geforderten Verwendungsnachweise zu prüfen. Da die Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist, steht sie nicht zur Disposition der Landesregierung.

Das Verfahren der Verwendungsnachweisprüfung wird jedoch regelmäßig daraufhin überprüft, inwieweit sich durch sachgerechte und zeitgemäße Vereinfachungen eine Entlastung der Verfahrensabläufe sowie eine nachhaltige Effizienzsteigerung im Zuwendungsrecht erreichen lässt.

In Vertretung

Dr. Schubert
Staatssekretär

Anlagen^{*)}

^{*)} Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlagen erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren können sie im Abgeordneteninformationssystem unter der oben genannten Drucksachenummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.

Anlage 1

zur Kleine Anfrage Nr. 2450 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

(Seit Beleihung zum 01.08.2008 durch GFAW geprüfte SKBS.)

	Zuwendungsempfänger	Projekt	HHJ	Dat. Besch.
1.	Evang. Stiftung Christopherushof	SKB Rudolstadt	2004	04.09.2009
2.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Schmalkalden	2004	07.10.2009
3.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Sonneberg mit Außenstelle Neuhaus	2004	07.10.2009
4.	Jugendsozialwerk Nordhausen e. V.	SKB Nordhausen	2004	02.12.2009
5.	Diakonisches Werk Henneberger Land e.V.	SKB Suhl mit Außenstelle Schleusingen	2004	18.12.2009
6.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Weimar	2004	18.12.2009
7.	Deutsches Rotes Kreuz KV Eichsfeld e.V.	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2004	18.12.2009
8.	Deutsches Rotes Kreuz KV Landkreis Greiz e.V.	SKB Zeulenroda	2004	18.01.2010
9.	Donum vitae Landesverband Thüringen e.V.	SKB in Erfurt mit Außenstelle in Heiligenstadt	2004	25.02.2010
10.	DRK - KV Saale-Orla e.V.	Schwangerschaftsberatungsstelle Pößneck mit Außenstelle in Schleiz	2004	05.03.2010
11.	Diakoniezentrum Bethesda e.V.	SKB Eisenberg mit Außenstelle Stadtroda	2004	05.03.2010
12.	Deutsches Rotes Kreuz KV Saalfeld e.V.	SKB Saalfeld mit Außenstelle Rudolstadt	2004	12.03.2010
13.	DRK KV Sömmerda e.V.	SKB Sömmerda	2004	24.03.2010
14.	Deutsches Rotes Kreuz - LV Thüringen e.V.	SKB Ilmenau	2005	04.03.2010
15.	Deutsches Rotes Kreuz KV Saalfeld e.V.	SKB Saalfeld mit Außenstelle Rudolstadt	2005	25.03.2010
16.	Diakonieverein Carolinenfeld	SKB Greiz	2005	09.04.2010
17.	Sozialwerk Meiningen gGmbH	SKB Meiningen	2005	19.04.2010
18.	Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst gGmbH Erfurt	SKB Erfurt	2005	26.04.2010
19.	Zentrum für Familie und Alleinerziehende e.V.	SKB Jena	2005	15.06.2010
20.	DRK KV Sömmerda e.V.	SKB Sömmerda	2005	30.06.2010
21.	DRK - KV Saale-Orla e.V.	SKB Pößneck mit Außenstelle Schleiz	2005	30.07.2010
22.	Arbeiterwohlfahrt - KV Bad Langensalza e.V.	SKB Bad Langensalza	2005	10.08.2010
23.	Jugendsozialwerk Nordhausen e. V.	SKB Nordhausen	2005	18.08.2010
24.	Diakonisches Werk Henneberger Land e.V.	SKB Suhl mit Außenstelle Schleusingen	2005	20.08.2010
25.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Bad Salzungen	2005	01.09.2010
26.	Deutsches Rotes Kreuz KV Eichsfeld e.V.	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2005	29.10.2010
27.	Donum vitae Landesverband Thüringen e.V.	SKB Erfurt Außenstelle Heiligenstadt	2005	29.11.2010
28.	Deutsches Rotes Kreuz KV Mühlhausen e.V.	SKB Mühlhausen	2005	24.02.2011
29.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Schmalkalden	2005	14.03.2011
30.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB Heiligenstadt mit Außenstelle Nordhausen	2005	25.03.2011

Anlage 1

zur Kleine Anfrage Nr. 2450 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

	Zuwendungsempfänger	Projekt	HHJ	Dat. Besch.
31.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB Erfurt mit Außenstellen Suhl und Gotha	2005	20.04.2011
32.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Weimar	2005	04.05.2011
33.	Mariienstift Arnstadt	SKB Arnstadt	2005	12.05.2011
34.	AWO Soziale Dienste gGmbH Gotha	SKB Gotha mit Außenstelle Friedrichroda	2005	03.06.2011
35.	DO Diakonie Ostthüringen gGmbH	SKB Weida	2005	28.06.2011
36.	Evangelisch-Lutherische Diakonissenhaus-Stiftung	SKB Eisenach	2005	07.07.2011
37.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Sonneberg m. Außenstelle Neuhaus	2005	08.08.2011
38.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Altenburg	2005	23.08.2011
39.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Apolda	2005	25.08.2011
40.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Eisenach	2005	07.09.2011
41.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Erfurt	2005	10.01.2012
42.	Deutsches Rotes Kreuz KV Landkreis Greiz e.V.	SKB Zeulenroda	2005	11.01.2012
43.	Diakoniezentrum Bethesda e.V.	SKB Eisenberg mit Außenstelle Stadtroda	2005	13.01.2012
44.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Gera	2005	20.01.2012
45.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Artern	2005	15.02.2012
46.	Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gGmbH	SKB Rudolstadt	2005	27.02.2012
47.	DRK - KV Saale-Orla e.V.	SKB Pößneck, Rosa-Luxemburg-Straße 52 mit Außenstelle Schleiz	2006	11.08.2010
48.	Jugendsozialwerk Nordhausen e. V.	SKB Nordhausen, A.-Puschkin-Straße 28	2006	27.08.2010
49.	Diakonisches Werk Henneberger Land e.V.	SKB Suhl, Mühltorstraße 24 und Hildburghausen, Markt 16 sowie Außenstelle Schleusingen	2006	30.09.2010
50.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Bad Salzungen	2006	09.11.2010
51.	DRK KV Sömmerda e.V.	SKB Sömmerda, Rohrborner Weg 13	2006	10.11.2010
52.	Deutsches Rotes Kreuz KV Eichsfeld e.V.	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2006	03.12.2010
53.	Donum vitae Landesverband Thüringen e.V.	SKB Erfurt, Schlösserstraße 11 mit Außenstelle Heiligenstadt	2006	07.12.2010
54.	Sozialwerk Meiningen gGmbH	SKB Meiningen, Haus der Familie "Sarterstift", Alte Henneberger Str. 22	2006	17.01.2011
55.	Deutsches Rotes Kreuz KV Mühlhausen e.V.	SKB Mühlhausen, Windeberger Landstraße 38	2006	08.03.2011
56.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB Schmalkalden, Klostergasse 4a, Schmalkalden	2006	30.03.2011
57.	Arbeiterwohlfahrt - KV Bad Langensalza e.V.	SKB Bad Langensalza	2006	31.03.2011
58.	Deutsches Rotes Kreuz KV Saalfeld e.V.	SKB Saalfeld, Alter Markt 5 mit Außenstelle Rudolstadt	2006	12.04.2011
59.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB Heiligenstadt mit Außenstelle	2006	13.04.2011
60.	Mariienstift Arnstadt	SKB Arnstadt	2006	18.05.2011
61.	AWO Soziale Dienste gGmbH Gotha	SKB Gotha, Juri-Gagarin-Str. 2-4	2006	03.06.2011

Anlage 1

zur Kleine Anfrage Nr. 2450 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

	Zuwendungsempfänger	Projekt	HHJ	Dat. Besch.
62.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB Erfurt mit Außenstelle Gotha	2006	09.06.2011
63.	Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst gGmbH Erfurt	SKB Erfurt, Anger 79	2006	20.06.2011
64.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Gera, Friedrich-Engels-Straße 14	2006	08.08.2011
65.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB Weimar, Erfurter Straße 28	2006	22.02.2012
66.	DRK - KV Saale-Orla e.V.	SKB, Rosa-Luxemburg-Str. 52, 07381 Pößneck	2007	03.09.2010
67.	Jugendsozialwerk Nordhausen e. V.	SKB, Alexander-Puschkin-Straße 28, 99734 Nordhausen	2007	30.09.2010
68.	Diakonisches Werk Henneberger Land e.V.	SKB, Markt 16, 98646 Hildburghausen mit Außenstelle Schleusingen, Markt 6	2007	30.09.2010
69.	AWO Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH	SKB, Untere Beete 5, 36433 Bad Salzungen	2007	09.11.2010
70.	DRK KV Sömmerda e.V.	SKB, Rohrborner Weg 13, 99610 Sömmerda	2007	19.11.2010
71.	Deutsches Rotes Kreuz KV Eichsfeld e.V.	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2007	06.01.2011
72.	Donum vitae Landesverband Thüringen e.V.	SKB, Schlösserstraße 11, 99084 Erfurt	2007	11.01.2011
73.	Sozialwerk Meiningen gGmbH	SKB, Alte Henneberger Straße 2, 98617 Meiningen	2007	21.01.2011
74.	Deutsches Rotes Kreuz KV Mühlhausen e.V.	SKB, Windeberger Str. 38, 99974 Mühlhausen	2007	17.03.2011
75.	Arbeiterwohlfahrt - KV Bad Langensalza e.V.	SKB, Bahnhofstr. 11, 99947 Bad Langensalza	2007	06.04.2011
76.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB, Bahnhofsplatz 3, 37308 Heiligenstadt.	2007	21.04.2011
77.	Mariienstift Arnstadt	SKB, Rosenstraße 11, 99310 Arnstadt	2007	24.05.2011
78.	AWO Soziale Dienste gGmbH Gotha	SKB, Juri-Gagarin-Straße 2/4, 99867 Gotha	2007	08.06.2011
79.	Caritasverband für das Bistum Erfurt e. V.	SKB, Regierungsstraße 55, 99084 Erfurt	2007	23.06.2011
80.	Evangelische Stadtmission und Gemeindedienst gGmbH Erfurt	SKB, Anger 79, 99084 Erfurt	2007	27.06.2011
81.	PRO FAMILIA LV Thüringen e.V.	SKB, Friedrich-Engel-Straße 14, 07545 Gera	2007	22.09.2011
82.	Deutsches Rotes Kreuz KV Saalfeld e.V.	SKB, Am Blankenburger Tor, 07318 Saalfeld	2007	22.02.2012

Anlage 2

zur Kleine Anfrage Nr. 2450 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

lfd. Nr.	Projekt	HHJ	Landeszuwendung nach Prüfung in EUR	Erstattungsbetrag gesamt	davon freiwillige Rückzahlung	restl. Erstattungsbetrag	Zinsanspruch Erstattungsbetrag	2 Mo.-Zins.	Verw.ko.
1	SKB Nordhausen	2004	101.173,30 €	19.954,81 €	5.323,66 €	14.631,15 €	4.607,75 €	374,68 €	193,21 €
2	Schwangerschaftsberatungsstelle Pößneck mit Außenstelle in Schleiz	2004	139.571,35 €	388,46 €		388,46 €	121,52 €	125,63 €	
3	SKB Saalfeld mit Außenstelle Rudolstadt	2004	101.728,32 €						
4	SKB Sömmerda	2004	105.333,34 €	2.992,07 €		2.992,07 €	945,00 €	113,57 €	
5	SKB Eisenberg mit Außenstelle Stadtroda	2004	81.741,12 €	1.153,51 €	786,40 €	367,11 €	133,04 €	76,24 €	23,21 €
6	SKB Suhl mit Außenstelle Schleusingen	2004	128.492,27 €	582,15 €	287,16 €	294,99 €	92,34 €		
7	SKB Weimar	2004	151.803,48 €	1.146,53 €	1.146,53 €		30,19 €	69,17 €	
8	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2004	101.443,13 €	1.283,50 €		1.283,50 €	383,12 €	68,61 €	33,21 €
9	SKB Zeulenroda	2004	79.173,54 €	1.384,52 €	1.350,52 €	34,00 €	22,73 €	59,97 €	
10	SKB in Erfurt mit Außenstelle in Heiligenstadt	2004	132.399,11 €	1.133,39 €		1.133,39 €	354,18 €	249,75 €	23,21 €
11	SKB Rudolstadt	2004	79.616,18 €						
12	SKB Schmalkalden	2004	97.573,75 €	4.175,30 €	4.036,36 €	138,94 €	76,69 €		23,21 €
13	SKB Sonneberg mit Außenstelle Neuhaus	2004	119.665,92 €						
14	SKB Rudolstadt	2005	82.922,93 €	1.468,79 €		1.468,79 €	546,63 €		
15	SKB Altenburg	2005	115.541,93 €						
16	SKB Apolda	2005	79.378,74 €	639,80 €	639,80 €				
17	SKB Arnstadt	2005	91.085,57 €	619,43 €		619,43 €	200,59 €		
18	SKB Artern	2005	74.295,98 €	2.331,87 €	1.278,26 €	1.053,61 €	416,90 €		
19	SKB Bad Langensalza	2005	71.113,05 €	3.929,63 €		3.929,63 €	1.093,09 €		23,21 €
20	SKB Bad Salzungen	2005	113.177,20 €	1.489,03 €	973,09 €	515,94 €	32,92 €	20,27 €	23,21 €
21	SKB Eisenach	2005	48.232,06 €	229,66 €	229,66 €				
22	SKB Eisenach	2005	77.038,62 €	399,67 €	43,70 €	355,97 €			
23	SKB Erfurt	2005	89.427,01 €	55,37 €	55,37 €				
24	SKB Erfurt	2005	206.251,84 €	3.637,78 €	3.637,78 €		77,00 €		
25	SKB Gera	2005	143.208,37 €	1.637,47 €	1.637,47 €				
26	SKB Weida	2005	80.069,64 €	1.749,72 €	1.749,72 €				
27	SKB Greiz	2005	93.960,71 €	1.463,78 €	1.463,74 €				
28	SKB Gotha mit Außenstelle Friedrichroda	2005	202.088,48 €	10.415,58 €	10.077,49 €	338,09 €			23,21 €
29	SKB Ilmenau	2005	82.570,91 €	375,82 €	419,78 €				
30	SKB Jena	2005	180.096,38 €	27,51 €		27,51 €		61,80 €	23,21 €
31	SKB Meiningen	2005	76.893,26 €	1.288,09 €	1.288,09 €				
32	SKB Mühlhausen	2005	102.826,47 €	1.277,24 €		1.277,24 €	398,07 €	398,07 €	23,21 €
33	SKB Nordhausen	2005	102.067,70 €	7.723,09 €	4.721,25 €	3.001,84 €	56,66 €	206,14 €	63,21 €
34	SKB Pößneck mit Außenstelle Schleiz	2005	133.519,63 €						
35	SKB Saalfeld mit Außenstelle Rudolstadt	2005	104.962,90 €	874,07 €	874,07 €				
36	SKB Schmalkalden	2005	87.960,00 €	1.456,47 €	1.002,43 €	454,04 €	14,87 €		23,21 €
37	SKB Sömmerda	2005	111.378,27 €	1.122,08 €		1.122,08 €	294,17 €	254,72 €	28,21 €
38	SKB Sonneberg m. Außenstelle Neuhaus	2005	120.261,07 €						
39	SKB Eisenberg mit Außenstelle Stadtroda	2005	85.423,85 €	693,94 €	498,46 €	195,48 €			23,21 €
40	SKB Suhl mit Außenstelle Schleusingen	2005	139.497,33 €	4.990,50 €	1.845,78 €	3.144,72 €	879,09 €		38,21 €
41	SKB Weimar	2005	148.716,98 €	5.730,86 €	2.677,15 €	3.053,71 €	1.073,37 €		
42	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2005	101.076,92 €	2.034,65 €	755,49 €	1.279,16 €	353,99 €	33,58 €	33,21 €
43	SKB Zeulenroda	2005	79.591,95 €	868,90 €	728,93 €	139,97 €			23,21 €
44	SKB Erfurt Außenstelle Heiligenstadt	2005	130.244,40 €	1.204,78 €		1.204,78 €	355,81 €		33,21 €
45	SKB Erfurt mit Außenstellen Suhl und Gotha	2005	137.688,35 €						
46	SKB Heiligenstadt mit Außenstelle Nordhausen	2005	97.906,30 €	1.886,99 €	584,96 €	1.302,03 €	417,59 €		
47	SKB Erfurt, Anger 79	2006	58.011,91 €	2.591,40 €		2.591,40 €	187,44 €		23,21 €
48	SKB Gera, Friedrich-Engels-Straße 14	2006	140.643,94 €	3.777,27 €	3.602,04 €	175,23 €	103,26 €		23,21 €
49	SKB Heiligenstadt mit Außenstelle	2006	92.547,07 €	6.537,84 €	3.329,63 €	3.208,21 €	858,76 €		63,21 €
50	SKB Weimar, Erfurter Straße 28	2006	151.211,06 €	358,37 €	358,37 €				
51	SKB Arnstadt	2006	93.435,86 €	127,14 €		127,14 €			23,21 €

Anlage 2

zur Kleine Anfrage Nr. 2450 der Abgeordneten Stange (DIE LINKE)

lfd. Nr.	Projekt	HHJ	Landeszuwendung nach Prüfung in EUR	Erstattungsbetrag gesamt	davon freiwillige Rückzahlung	restl. Erstattungsbetrag	Zinsanspruch Erstattungsbetrag	2 Mo.-Zins.	Verw.ko.
52	SKB Bad Langensalza	2006	71.070,71 €	1.544,78 €	1.000,00 €	544,78 €	155,27 €	13,62 €	23,21 €
53	SKB Gotha, Juri-Gagarin-Str. 2-4	2006	178.135,06 €	9.417,29 €	9.283,73 €	133,56 €			23,21 €
54	SKB Mühlhausen, Windeberger Landstraße 38	2006	100.537,36 €	948,89 €		948,89 €	238,80 €	348,07 €	28,21 €
55	SKB Sömmerda, Rohrborner Weg 13	2006	105.838,95 €	5.137,23 €	5.069,83 €	67,40 €	158,35 €	317,34 €	103,21 €
56	SKB Erfurt, Schlösserstraße 11 mit Außenstelle Heiligenstadt	2006	125.368,58 €	1.365,84 €		1.365,84 €			28,21 €
57	SKB Meiningen, Haus der Familie "Sarterstift", Alte Henneberger Str. 22	2006	75.894,84 €	1.361,64 €	700,00 €	661,64 €	169,23 €	70,88 €	
58	SKB Suhl, Mühltorstraße 24 und Hildburghausen, Markt 16 sowie Außenstelle Schleusingen	2006	143.429,00 €	4.513,39 €	2.418,92 €	2.094,47 €	466,02 €		38,21 €
59	SKB Schmalkalden, Klostersgasse 4a, Schmalkalden	2006	87.428,49 €	2.506,80 €	1.990,01 €	516,79 €	26,20 €	24,41 €	23,21 €
60	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2006	97.727,31 €	1.164,25 €	517,52 €	646,73 €	156,77 €	12,48 €	23,21 €
61	SKB Nordhausen, A.-Puschkin-Straße 28	2006	102.067,54 €	2.948,85 €		2.948,85 €		2,92 €	63,21 €
62	SKB Bad Salzungen	2006	86.770,46 €	1.017,13 €	344,46 €	618,06 €	151,80 €	22,36 €	23,21 €
63	SKB Erfurt mit Außenstelle Gotha	2006	131.936,00 €	2.150,92 €	1.840,93 €	309,99 €	90,68 €		48,21 €
64	SKB Pößneck, Rosa-Luxemburg- Straße 52 mit Außenstelle Schleiz	2006	136.249,71 €						
65	SKB Saalfeld, Alter Markt 5 mit Außenstelle Rudolstadt	2006	95.223,83 €	36,10 €	36,10 €				
66	SKB, Regierungsstraße 55, 99084 Erfurt	2007	71.401,62 €	1.838,32 €		1.838,32 €	383,29 €		38,21 €
67	SKB, Juri-Gagarin-Straße 2/4, 99867 Gotha	2007	179.100,12 €	8.134,87 €	7.689,67 €	445,20 €	130,37 €	19,76 €	23,21 €
68	SKB, Bahnhofsplatz 3, 37308 Heiligenstadt.	2007	66.532,26 €	582,24 €		582,24 €	115,48 €		
69	SKB, Alte Henneberger Straße 2, 98617 Meiningen	2007	81.603,64 €						
70	SKB, Windeberger Str. 38, 99974 Mühlhausen	2007	99.655,06 €	1.717,35 €		1.717,35 €	354,35 €	140,83 €	38,21 €
71	SKB, Rosa-Luxemburg-Str. 52, 07381 Pößneck	2007	134.392,96 €	3.193,52 €		3.193,52 €	521,08 €	161,05 €	28,21 €
72	SKB, Am Blankenburger Tor, 07318 Saalfeld	2007	91.940,49 €	3.324,53 €	3.324,53 €		73,58 €		
73	SKB, Käthe-Kollwitz-Str. 38, 37327 Leinefelde-Worbis	2007	95.870,13 €	1.937,52 €		1.937,52 €	283,70 €		38,21 €
74	SKB, Schlösserstraße 11, 99084 Erfurt	2007	128.610,53 €	1.044,48 €		1.044,48 €	193,23 €		28,21 €
75	SKB, Rosenstraße 11, 99310 Arnstadt	2007	90.295,48 €	3.136,18 €		3.136,18 €	657,03 €		63,21 €
76	SKB, Bahnhofstr. 11, 99947 Bad Langensalza	2007	70.641,66 €	2.033,80 €	1.683,69 €	350,11 €	69,44 €	4,77 €	23,21 €
77	SKB, Alexander-Puschkin-Straße 28, 99734 Nordhausen	2007	102.831,28 €	1.669,02 €		1.669,02 €		9,78 €	38,21 €
78	SKB, Rohrborner Weg 13, 99610 Sömmerda	2007	107.921,44 €	1.228,56 €		1.228,56 €	16,67 €	344,93 €	33,21 €
79	SKB, Untere Beete 5, 36433 Bad Salzungen	2007	66.251,50 €	2.092,43 €	1.474,37 €	618,06 €	22,36 €		23,21 €
80	SKB, Anger 79, 99084 Erfurt	2007	59.308,59 €	1.793,42 €	1.014,35 €	779,07 €	139,14 €	57,22 €	28,21 €
81	SKB, Markt 16, 98646 Hildburghausen mit Außenstelle Schleusingen, Markt 6	2007	144.650,19 €	6.450,03 €	6.450,03 €		177,35 €	1,67 €	28,21 €
82	SKB, Friedrich-Engel-Straße 14, 07545 Gera	2007	145.722,11 €	1.714,86 €	1.423,45 €	291,41 €	56,92 €		23,21 €

Zu 2.:

Siehe Anlage 2.

Zu 3.:

Für die Prüfungen der SKBS waren zwei Personen (durchschnittlich 1,5 VbE) eingesetzt.

Zu 4. und 5.:

Die GFAW hat die Kontrollen auf der Grundlage des Beleihungsbescheides vom 18. Juli 2008 (mit Wirkung ab dem 1. August 2008) für die Schwangerschaftsberatungs- und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen im Freistaat Thüringen durchgeführt. Eine separate diesbezügliche Zeiterfassung wurde nicht vorgenommen, da mit dem der GFAW zur Verfügung gestellten Budget alle beauftragten Leistungen für diesen Förderbereich pauschal abgegolten sind. Eine Erfassung der Fahrzeiten erfolgt nicht.

Zu 6.:

Siehe Antwort zu Frage 4.

Ein separater diesbezüglicher Nachweis der Personal-, Fahr- und Sachkosten wurde nicht vorgenommen, da mit dem der GFAW zur Verfügung gestellten Budget alle beauftragten Leistungen für diesen Förderbereich pauschal abgegolten sind.

Zu 7.:

Die Gründe von Rückforderungen lagen in

- festgestellten auflösenden Bedingungen (siehe auch Antwort auf Frage 8),
- festgestellten nicht zuwendungsfähigen Sachausgaben (z. B. Verstöße gegen das Thüringer Reisekostengesetz, Abrechnung nicht zuwendungsfähiger Sachausgaben),
- festgestellten nicht zuwendungsfähigen Personalausgaben (Verstoß gegen das Besserstellungsverbot),
- festgestellten Verstößen gegen die Nr. 1.1 Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (Überschreitung von Einzelansätzen über 20 Prozent).

Zu 8.:

Die Ursachen der Rückforderungen lagen beispielsweise in festgestellten auflösenden Bedingungen, die sich aus den in den jeweiligen Zuwendungsbescheiden als verbindlicher Bestandteil erklärten Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) ergaben. Die Regelung der Nr. 2 ANBest-P ist eine auflösende Bedingung im Sinne des § 36 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz (ThürVwVfG). Ermäßigen sich nach der Bewilligung die in dem Finanzierungsplan veranschlagten zuwendungsfähigen Gesamtausgaben für denwendungszweck, erhöhen sich die Deckungsmittel oder treten neue Deckungsmittel hinzu, so ermäßigt sich die Zuwendung bei Anteilsfinanzierung anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers, bei Fehlbedarfs- und Vollfinanzierung um den vollen in Betracht kommenden Betrag. In solchen Fällen hat die handelnde Behörde kein Ermessen, welches einen Verzicht der Rückforderung begründen kann.

Darüber hinaus liegen die Ursachen von Rückforderungen häufig in der Nichtbeachtung der förderrechtlichen Bestimmungen des nach geltendem Zuwendungsrecht bzw. der gültigen Förderrichtlinie erstellten Zuwendungsbescheides.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Gründe für die Rückforderung einer Zuwendung stets im Verantwortungsbereich des Zuwendungsempfängers, vorliegend also der SKBS liegen. Das Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit im Umgang mit öffentlichen Mitteln bindet die Bewilligungsbehörde dahingehend, eine Zuwendung insoweit zurückzufordern als sie vom Zuwendungsempfänger nicht zweckentsprechend oder nicht in Übereinstimmung mit den zuwendungsrechtlichen Rahmenbedingungen verwendet wurde.

Es ist vorgesehen, die aktuell gültige Förderrichtlinie zu überarbeiten, um Verfahrensvereinfachungen und Erleichterungen auch für die SKBS zu erreichen.

Zu 9.:

Die Verzinsung richtet sich nach § 49 a Abs. 3 ThürVwVfG (Verzinsung des Erstattungsanspruches) und nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG (Zinsen wegen nicht fristgerechter Verwendung).

Bei der Verzinsung des Erstattungsanspruches ist der zu erstattende Betrag vom Eintritt der Unwirksamkeit des Verwaltungsaktes mit sechs vom Hundert jährlich zu verzinsen. Der Zeitpunkt für den Zinsbeginn ist im Einzelnen von den Umständen abhängig, welche zur Unwirksamkeit geführt haben.

Die Verpflichtung zur Zahlung von Zinsen wegen nicht fristgerechter Verwendung nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG resultiert aus folgendem Sachverhalt: Nach Nr. 1.3 ANBest-P darf die Zuwendung nur insoweit und nicht eher abgefordert werden, als sie innerhalb von zwei Monaten nach der Auszahlung für fällige Zahlungen benötigt wird. Bei Anteils- oder Festbetragsfinanzierung darf die Zuwendung jeweils nur anteilig mit etwaigen Zuwendungen anderer Zuwendungsgeber und den vorgesehenen eigenen und sonstigen Mitteln des Zuwendungsempfängers in Anspruch genommen werden (Nr. 1.3.1 ANBest-P). Bei der Fehlbedarfsfinanzierung ist eine Inanspruchnahme erst möglich, wenn die vorgesehenen eigenen und sonstigen Mittel des Zuwendungsempfängers verbraucht sind (Nr. 1.3.2 ANBest-P). Wird die Zuwendung nicht alsbald nach der Auszahlung (hier innerhalb der vorgeschriebenen Zwei-Monats-Frist) zur Erfüllung des Zuwendungszwecks verwendet, so kann ein Widerruf gemäß § 49 Abs. 3 ThürVwVfG mit der Folge der Rückerstattung nach § 49 a Abs. 1 ThürVwVfG erfolgen. Auf die Möglichkeit des Widerrufs des Zuwendungsbescheides und der Rückforderung der Zuwendung wird aus Gründen der Verhältnismäßigkeit in der Regel verzichtet, wenn lediglich eine nicht fristgerechte Mittelverwendung festgestellt wurde. Hinsichtlich der Geltendmachung des isolierten Zinsanspruchs nach § 49 a Abs. 4 ThürVwVfG hat die Behörde indes kein Ermessen. Die Zinsen sind aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu erheben, schon um die vom Zuwendungsempfänger durch den verfrühten Mittelabruf erlangten Zinsvorteile abzuschöpfen.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit gemeinsam mit der GFAW für die Zinsforderungen einen fiktiven Zinszeitraum von einem Jahr festgelegt hat, wenn keine auflösende Bedingung (vgl. Antwort Frage 8) vorliegt. Im Falle einer verzögerten Verwendungsnachweisprüfung der Bewilligungsbehörde wird dadurch vermieden, dass die Zuwendungsempfänger mit einer nicht angemessenen Zinsforderung belastet werden.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass der Zuwendungsempfänger jederzeit die Möglichkeit hat, nicht verbrauchte Mittel zurückzuzahlen.

Zu 10.:

Die Verwendungsnachweisprüfung ist bundes- wie landesgesetzlich vorgeschrieben (§ 26 Abs. 1 Haushaltsgrundsätzegesetz, § 44 Abs. 1 Bundeshaushaltsordnung, § 44 Abs. 1 Thüringer Landeshaushaltsordnung [ThürLHO]) und von zentraler Bedeutung. Durch die Prüfung werden die Erreichung des Zuwendungszweckes, die Wirtschaftlichkeit der Mittelverwendung und die Ordnungsmäßigkeit des Verfahrens nachgewiesen.

Verwaltungsvorschrift (VV) Nr. 10.1 zu § 44 ThürLHO stellt klar, dass die Bewilligungsbehörde den Nachweis der Verwendung entsprechend den Nebenbestimmungen zu verlangen hat. Gemäß Nr. 11.1 VV zu § 44 ThürLHO hat die Bewilligungsbehörde die hoheitliche Aufgabe, die geforderten Verwendungsnachweise zu prüfen. Da die Prüfung gesetzlich vorgeschrieben ist, steht sie nicht zur Disposition der Landesregierung.

Das Verfahren der Verwendungsnachweisprüfung wird jedoch regelmäßig daraufhin überprüft, inwieweit sich durch sachgerechte und zeitgemäße Vereinfachungen eine Entlastung der Verfahrensabläufe sowie eine nachhaltige Effizienzsteigerung im Zuwendungsrecht erreichen lässt.

In Vertretung

Dr. Schubert
Staatssekretär

Anlagen^{*)}

^{*)} Hinweis:

Auf den Abdruck der Anlagen wurde verzichtet. Ein Exemplar mit Anlagen erhielten jeweils die Fraktionen und die Landtagsbibliothek. Des Weiteren können sie im Abgeordneteninformationssystem unter der oben genannten Drucksachennummer sowie im Internet unter der Adresse: www.parldok.thueringen.de eingesehen werden.